

Geschichte und Gegenwart der IGMG

Ein Interview mit dem IGMG-Vorsitzenden
Kemal Ergün

Inhalt

Seit 2011 sind Sie Vorsitzender der Islami- schen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). Wann wurde die IGMG gegründet?	04
Sie behaupten also, dass die IGMG von einer kleinen Gruppe von Studenten ge- gründet wurde.	06
Wieso haben Sie den Namen „Millî Görüş“ beibehalten?	09
In welchen Ländern ist Ihre Gemeinschaft aktiv? Wie viele Moscheen werden von ihr vertreten?	11
Sind Sie auch in der Türkei aktiv?	12
Was sind die Tätigkeitsbereiche der IGMG? Welche Ziele verfolgt sie?	13
Auf der einen Seite ist die IGMG haupt- sächlich in westlichen Ländern aktiv. Auf der anderen Seite benutzen Parteien, denen die IGMG nahestehen soll, häufig eine antiwestliche Rhetorik. Wie verträgt sich das?	15
Was sagen Sie zu den Antisemitismus- Vorwürfen gegenüber der IGMG?	17

Was sagen Sie zur Nahostpolitik Israels?	18
In europäischen Medien wird aktuell über den „politischen Islam“ diskutiert. Sehen Sie sich als ein Teil davon?	19
Es wird behauptet, die IGMG sei der verlängerte Arm mancher Staaten – allen voran der Türkei. Was sagen Sie dazu?	21
Erhalten Sie finanzielle Unterstützung von bestimmten Staaten?	22
Was unternehmen Sie gegen den zunehmenden antimuslimischen Rassismus? Was, denken Sie, muss in dieser Hinsicht getan werden?	24
Was können Muslime in Europa angesichts der verbalen Anfeindungen und tätlichen Angriffe unternehmen?	26
In einer türkischen Fernsehsendung behauptete Ahmet Mahmut Ünlü – besser bekannt als Cübbeli –, dass die Moscheen in Deutschland vom Staat finanziell unterstützt werden. Ist das so? Wenn nicht, wie kommt er darauf?	28

Seit 2011 sind Sie Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). Wann wurde die IGMG gegründet?

Die Geschichte der IGMG beginnt 1967. Damals kamen in Braunschweig acht muslimische Studenten zusammen und richteten einen Gebetsraum an der Universität ein, um das Freitagsgebet zu verrichten. Neben dem Freitagsgebet wurde dort vor allem religiöses Wissen vermittelt. Somit wurden die ersten Schritte getan, um die Verrichtung islamischer Gottesdienste zu gewährleisten.

Wie die meisten nationalen und internationalen Organisationen mit Migrationshintergrund hat die IGMG bis heute verschiedene soziologische und institutionelle Phasen durchlaufen.

Die Entwicklung von einer bescheidenen Moschee hin zu einer großen Gemeinschaft ist vor allem auf die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland zurückzuführen. Nach dem deutsch-türkischen Abkommen 1961 begann die Einwanderung türkischer Arbeiter in verschiedene deutsche Städte. Deshalb beschlossen die Studenten, ihren Gebetsraum 1969 in die

Stadt zu verlagern. Das ermöglichte ihnen, den türkischen Arbeitern verschiedene religiöse Dienste in ihrem Umfeld anzubieten, die mit der Zeit institutionalisiert und erweitert wurden.

Die Arbeiter hatten damals viele Bedürfnisse. Sie hatten keine Moscheen, wo sie beten konnten, und keine Imame. Es gab nicht einmal einen Ort, wo sie einen Gebetsteppich oder einen Koran hätten kaufen können, geschweige denn ihre Pilgerfahrt hätten organisieren können. 1965 wurde mangels eigener Räumlichkeiten ein Feiertagsgebet im Kölner Dom verrichtet.

Weder diejenigen, die diese Arbeiter hierher entsandten, noch diejenigen, die sie aufnahmen, hatten sich Gedanken über deren religiöse und spirituelle Bedürfnisse gemacht. Als Fremde standen die Gastarbeiter vor der großen Herausforderung, ihre Religion auszuleben und diese ihren Kindern weiterzugeben. Die IGMG ist aus diesem Bedürfnis entstanden.



”

Als Fremde standen die Gastarbeiter vor der großen Herausforderung, ihre Religion auszuleben und diese ihren Kindern weiterzugeben. Die IGMG ist aus diesem Bedürfnis entstanden.

Sie behaupten also, dass die IGMG von einer kleinen Gruppe von Studenten gegründet wurde.

Ja, das ist richtig. Wie bereits erwähnt, beginnt die Geschichte der IGMG 1967 in Braunschweig. Zuerst entstand die Türkische Union, später die Türkische Arbeiterunion, dann die Türkisch-Islamische Union und danach die Islamische Union. Später wurde die Millî Görüş Organisationen in Europa (AMGT) gegründet.

Die ab 1961 nach Europa immigrierten Arbeiter hatten ursprünglich die Absicht, in die Türkei zurückzukehren. Zeitgleich wurde in der Türkei die „Milli Selamet“ Partei gegründet, die Begriffe wie Moral und Spiritualität hervorhob. Gleichzeitig setzte er sich für die Förderung der Schwerindustrie in der Türkei ein und wollte das Land so voranbringen.

Dieser Ansatz fand Anklang bei den hiesigen „Gastarbeitern“. Wirtschaftliche und technologische Fortschrittsambitionen gepaart mit religiösen Werten. Das hat die Menschen damals angesprochen. Denn die Türkei war bis dahin geplagt von Armut und Misswirtschaft.

Daher gewann der Vorsitzende der „Milli Selamet“-Partei, Necmettin Erbakan, schnell die Aufmerksamkeit und Sympathie dieser Menschen. Denn er setzte auf beides und verknüpfte sie miteinander: Industrielle und wirtschaftliche Entwicklung und Spiritualität. Das kam beim zumeist ärmlichen und aufgrund ihrer Religiosität an den Rand gedrängten Bevölkerungsteil an. Für die Gastarbeiter bedeutete das: Wenn dieses politische Versprechen eingelöst wird, können wir in die Türkei zurück, können dort wirtschaftlichen Wohlstand genießen und werden nicht mehr aufgrund unserer religiösen Einstellung diskriminiert.

Anlässlich der Wahlen im Jahre 1973 fuhren viele Gastarbeiter aus eigenem Antrieb mit mehr als 100 Pkws in die Türkei, um die Partei zu unterstützen. Dort wurde das erste Mal Kontakt zu Erbakan aufgenommen. Zu dieser Zeit hatte die Türkische Arbeiterunion rund 50 Vereine in Deutschland. Nach diesem Kennenlernen wurde Erbakan auf sie aufmerksam und trat in

”

*Die Geschichte der IGMG
begann 1967 in Braunschweig.*



Dialog mit ihnen. Erbakan ist also nicht der Gründer unserer Organisationen in Deutschland, hat aber einen bedeutenden Beitrag zu deren Weiterentwicklung und Institutionalisierung geleistet. Vor allem nach 1974 versuchte sich Erbakan als Koalitionspartner in der Regierung durch die neu eingesetzten Attachés für Arbeit um die Probleme der hiesigen Menschen zu kümmern. Dies stieß auf der Seite der jahrelang vernachlässigten „Gastarbeiter“ auf große Anerkennung.

Später wurden die Unterschiede zwischen unserer Gemeinschaft, die sich 1995 den Namen Islamische Gemeinschaft Millî Görüş

(IGMG) gab, und der politischen Bewegung in der Türkei immer deutlicher. Für uns standen religiöse Dienste im Mittelpunkt, die sich an der hiesigen Lebensrealität und den Bedürfnissen orientieren. In der Türkei stand die politische Arbeit im Vordergrund. Ein respektvoller Dialog blieb jedoch weiterhin bestehen. Was sich änderte, war, dass die IGMG begann, sich nicht mehr als Gast oder Auswanderer anzusehen. Sie betrachtete sich zunehmend als einheimischen und festen Teil der Gesellschaft, in der sie aktiv war, und entwickelte eine eigene Perspektive. Das führte zu einer großen Differenz mit der Bewegung in der Türkei.



Wieso haben Sie den Namen „Millî Görüş“ beibehalten?

Die IGMG trug in der Gründungsphase nicht den Namen „Millî Görüş“, sondern hieß Türkische Arbeiterunion und Islamische Union. Der 1980 pensionierte ehemalige stellvertretende Diyanet-Vorsitzende Cemalettin Kaplan war zu dieser Zeit zuständig für die Imame der 110 Millî Görüş-Gemeinden. Unter dem Einfluss der iranischen Revolution 1979 machte sich Cemalettin Kaplan zum Ziel, einen „Kalifatstaat“ zu errichten und die verfassungsrechtliche Ordnung aufzuheben. Kaplan hatte keinen großen Einfluss auf unsere Gemeindemitglieder, doch konnte er die Imame für sich gewinnen. Er versuchte, die besagten Sympathisanten der Milli Görüş für sich zu gewinnen, indem er mit diesem Namen versuchte, für sich zu werben und konnte so 90 unserer Moscheegemeinden auf seine Seite ziehen.

Sowohl die Leitung als auch die Basis der IGMG haben zu keinem Zeitpunkt die Idee eines „parallelen Staates“ unterstützt. Wir bekennen uns zum Rechtsstaat – damals wie heute. Die IGMG beruft sich seit jeher auf das Grundgesetz, setzt sich für Gleichberechtigung ein, stellt

sich gegen jeden Versuch, die Gesellschaft zu spalten und ins Chaos zu stürzen. Das war u. a., was uns von Cemalettin Kaplan unterschieden hat.

Um ein Zeichen gegen die Utopie des „Kalifatstaats“ Kaplans zu setzen und um deutlich zu machen, wer die „wahre“ Millî Görüş ist, haben die damaligen Zuständigen Ende 1982 offiziell den Namen „Millî Görüş Organisationen in Europa“ (AMGT) gewählt. Mit diesem Namen wollte unsere Gemeinschaft mit ihren Moscheen, Bildungszentren und Institutionen die dauerhafte Beheimatung der Muslime in Europa unterstreichen.

Für uns stand immer das Religiöse im Vordergrund. Zu Beginn war der Gedanke, in Europa nur vorübergehend zu bleiben, vorherrschend. Im Laufe der Zeit erkannte man aber, dass man dauerhaft hier bleiben wird. Aus diesem Grund wurde dem „Millî Görüş“ die „Islamische Gemeinschaft“ vorangestellt. Mit der offiziellen Benennung in „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş“ wurde diese sich hier verortende, beheimatende Haltung 1995 untermauert.



*Für uns stand immer das Religiöse im Vordergrund.
Zu Beginn war der Gedanke, in Europa nur vorübergehend
zu bleiben, vorherrschend. Im Laufe der Zeit erkannte man
aber, dass man dauerhaft hier bleiben wird.*

Die IGMG konzentriert sich seit ihrer Gründung in Braunschweig auf die Bedürfnisse der in Europa lebenden Muslime. Das ist ein klares Zeichen der Beheimatung. Wir als Muslime in Europa gehören hierher, wir sind Teil Europas. Das bedeutet jedoch nicht, dass uns das Wohl und der Frieden der Menschen in der Türkei gleichgültig wären. Im Gegenteil: Als Menschen mit Wurzeln in beiden Ländern ist uns das Wohl beider Länder wichtig.

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) ist also keine politische Bewegung. Der Name IGMG steht in Europa für religiöse Dienste. Dementsprechend verstehen

wir den Begriff „Millî Görüş“ nicht politisch als nationalstaatliche Zugehörigkeit, sondern religiös in Anlehnung an die „Religion eures Vaters Ibrâhîm“, wie es im Koran in der Sure Hadsch heißt. Das „Millî Görüş“ in unserem Namen ist keine nationale, sondern eine religiöse Sicht. Die IGMG ist eine Religionsgemeinschaft und eine zivilgesellschaftliche Organisation. Wenn Muslime in Deutschland über „Millî Görüş“ sprechen, dann verbinden sie damit die Moschee nebenan bzw. eine Gemeinschaft, die sich mit großem Engagement für religiöse Dienste einbringt und in religiösen Fragen vertrauensvoll ist.



In welchen Ländern ist Ihre Gemeinschaft aktiv? Wie viele Moscheen werden von ihr vertreten?

Unsere Gemeinschaft ist in West- und Mitteleuropa, in Skandinavien, im Balkan, in Australien, Kanada, Amerika und Japan aktiv. In insgesamt 39 Regionalverbänden in diesen Ländern haben wir über 600 Moscheen, mehr als 2.000 Zweigstellen, Bildungszentren, Hafiz-Schulen, Studierendenwohnheime und viele andere Einrichtungen. 15 der weltweit 39 Regionalverbände befinden sich in Deutschland. Der Hauptsitz unserer Gemeinschaft ist in Köln. Wir haben mehr als 2.000 Funktionsträgerinnen und -träger und rund 200.000 Mitglieder. Die Anzahl der Menschen, die wir mit unseren Angeboten in den Moscheen erreichen, beträgt mehr als eine halbe Million.



”

In insgesamt 39 Regionalverbänden in diesen Ländern haben wir über 600 Moscheen, mehr als 2.000 Zweigstellen, Bildungszentren, Hafiz-Schulen, Studierendenwohnheime und viele andere Einrichtungen.

Sind Sie auch in der Türkei aktiv?

Die IGMG ist weltweit vertreten. Wir leisten humanitäre Hilfe rund um den Globus und unterstützen Muslime, die sich organisieren möchten, um religiöse Dienste anzubieten. Das gilt auch für die Türkei. Denn immerhin hat mehr als die Hälfte unserer Mitglieder die türkische Staatsangehörigkeit. Schon deshalb ist uns die Türkei nicht egal. In Krisensituationen stehen wir den notleidenden Menschen in

der Türkei immer zu Seite. Mit Lebensmittel-Kampagnen haben wir versucht, Bedürftige zu unterstützen.

Ab 2010 haben wir begonnen, auch in der Türkei aktiv zu werden. So wie in anderen Teilen der Welt haben wir dort in verschiedenen Großstädten unsere Hilfsorganisation und unsere Hadsch-Organisation gegründet sowie Studentenwohnheime eingerichtet.



Was sind die Tätigkeitsbereiche der IGMG? Welche Ziele verfolgt sie?

Die IGMG setzt sich für die religiösen Belange der Muslime ein, von der frühen Kindheit bis zum Begräbnis. Unsere Dienste sind breit gefächert. Dazu gehören Kindergärten, Jugendarbeit, Kurse für islamische Wissenschaften, Koranunterricht, Hafiz-Kurse und Bildungszentren. Darüber hinaus leisten wir soziale Dienste, die sich an Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und alte Menschen richten. Mit unserer humanitären Hilfe reichen wir Bedürftigen weltweit unsere helfende Hand. Wenn ein Muslim aufgrund diverser Umstände nicht nach islamischem Ritus bestattet werden kann, stehen wir bereit. Seit mehr als einem halben Jahrhundert organisieren wir Hadsch- und Umra-Reisen. Wir beraten beim Thema Pflegefamilien und helfen in Diskriminierungsfällen. Unsere Studierendenorganisation unterstützt Studierende während ihrer Suche nach einer Studenten-WG und durch Fortbildungen. Wir haben zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich Kultur, Kunst, Philosophie und Wissenschaft. Unsere Jugendarbeit ist fester Bestandteil unserer Arbeit. Wir fördern muslimische Jugendliche und geben ihnen eine Perspektive als gebildete und

in ihrem Glauben gefestigte junge Menschen. Frauen und Männer jeden Alters sind in unseren Leitungsgremien vertreten und nehmen aktiv an allen Tätigkeiten teil. Von einzelnen Straßenaktionen bis zur stetigen Bildungsarbeit – an allen Diensten unserer Gemeinschaft sind alle unsere Funktionsträger mit großem Engagement und Zusammenhalt beteiligt.

Wir sind eine Gemeinschaft, die sich den Problemen und Bedürfnissen der weltweiten islamischen Gemeinschaft und aller anderen Menschen zuwendet. Es ist uns wichtig, bedürftigen Menschen überall zur Hilfe zu eilen, ganz gleich welcher Religion und Herkunft sie sind. So haben wir nach dem Erdbeben auf Haiti oder dem Erdbeben in Italien humanitäre Hilfe geleistet. Um die miserable Lage der Rohingya Muslime zu verdeutlichen haben wir 2018 eine internationale Konferenz organisiert. Beim Prozess gegen die Kriegsverbrecher von Srebrenica standen wir den Opfern zur Seite. Während viele Länder aus Angst vor politischen und wirtschaftlichen Sanktionen zur verheerenden Lage in Ostturkestan (Xinjiang) schweigen, lassen wir den Uiguren humanitäre Hilfe zukommen und

unterstützen sie auch moralisch. Um die Weltöffentlichkeit auf die grausame Verfolgung der Uiguren aufmerksam zu machen, haben wir in 26 Hauptstädten Kundgebungen abgehalten, auf denen wir unsere Position in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben. Als Aleppo bombardiert wurde, haben wir wieder in vielen Hauptstädten unter dem Motto „Steht auf für Aleppo“ protestiert. Wir stehen im Dialog mit muslimischen Gemein-

schaften in Lateinamerika und haben Konferenzen mit ihnen zu ihrer Situation organisiert.

Unser Ziel als Religionsgemeinschaft ist es, uns der Probleme der Muslime anzunehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Darüber hinaus möchten wir allen Menschen helfen, die der Hilfe bedürfen, ungeachtet ihres Glaubens, ihrer Herkunft und Hautfarbe.

”

Unsere Dienste sind breit gefächert. Dazu gehören Kindergärten, Jugendarbeit, Kurse für islamische Wissenschaften, Koranunterricht, Hafiz-Kurse und Bildungszentren.



Auf der einen Seite ist die IGMG hauptsächlich in westlichen Ländern aktiv. Auf der anderen Seite benutzen Parteien, denen die IGMG nahestehen soll, häufig eine antiwestliche Rhetorik. Wie verträgt sich das?

Die IGMG steht keiner politischen Partei nahe. Unsere Gemeinschaft ist weder der verlängerte Arm noch das Sprachrohr, geschweige denn der Hinterhof irgendeiner Partei. Wir rufen dazu auf, sich an Wahlen zu beteiligen und sich politisch zu engagieren. Das ist ein demokratisches Recht und Voraussetzung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme. Unser Aufruf zu politischem Engagement bedeutet aber nicht, dass wir eine bestimmte Partei unterstützen würden. Unsere Mitglieder sind sehr gut imstande, sich eigenständig eine politische Meinung zu bilden.

Was den antiwestlichen Diskurs angeht, sind wir überzeugt davon, dass die Einteilung der Welt in Ost und West den Realitäten unserer Zeit nicht gerecht wird. Wenn man unbedingt eine Trennlinie ziehen müsste, müsste man sie zwischen jenen ziehen, die Menschenrechte

achten und jenen, die sie missachten; zwischen jenen, die sich zum Rechtsstaat bekennen und jenen, die ihn ablehnen.

Diese Haltung ist islamisch begründet und unabhängig von geografischen Grenzen. Es ist eine menschliche und islamische Tugend, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und von guten Beispielen zu lernen, ganz gleich, ob sie aus dem Osten oder aus dem Westen kommen. Schließlich hat unser Prophet gesagt: „Sucht Wissen, auch wenn ihr dafür bis nach China reisen müsst“. Damit hat er deutlich gemacht, dass es notwendig ist, sich für das Wohl der Menschheit alles Gute anzueignen. Statt der Konfrontation von Ost und West spreche ich mich für den gegenseitigen Austausch aus.

Wir deuten die weltweiten Entwicklungen nicht anhand von Konflikten. Die Auffassung einer in zwei geteilten Welt, in der ein Konflikt

zwischen Ost und West herrscht, ist unserer Meinung nach längst überholt. Im „westlichen“ Deutschland leben aktuell über 4 Millionen Muslime und es gibt mehr als 2000 Moscheen. Wer an Deutschland denkt, denkt auch an Muslime, die ein Teil dieses Landes sind. In diesem Fall stellt sich für mich die Frage, von welchem Westen wir dann noch sprechen. So wie es nicht möglich ist, von einem monolithischen „bösen“ Westen zu sprechen, so ist es auch nicht möglich aus einer eurozentrischen Perspektive heraus von

einem monolithischen „bösen“ Osten zu sprechen. Auch wenn man politisch zwischen Ost und West unterscheiden wollen würde, stünde diesem verengten Blick die globale Wirklichkeit entgegen.

Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Religionsfreiheit sind im Westen fest verankerte Werte. Daran ändert nichts, dass dieser Werte manchmal verletzt werden, es einen Anstieg von Rassismus gibt und Rassisten sogar in den Parlamenten vertreten sind.



Was den antiwestlichen Diskurs angeht, sind wir überzeugt davon, dass die Einteilung der Welt in Ost und West den Realitäten unserer Zeit nicht gerecht wird. Wenn man unbedingt eine Trennlinie ziehen müsste, müsste man sie zwischen jenen ziehen, die Menschenrechte achten und jenen, die sie missachten; zwischen jenen, die sich zum Rechtsstaat bekennen und jenen, die ihn ablehnen.

Was sagen Sie zu den Antisemitismus-Vorwürfen gegenüber der IGMG?

Der Islam lehnt jegliche Feindseligkeit gegenüber einer Religion oder eine Gemeinschaft ab. Um es deutlich zu sagen: Ein Muslim darf keine Religion, deren Anhänger oder eine Gesellschaft zum Feind erklären.

Antirassismus ist Teil unserer Bildungs- und Irschadarbeit. Seit Jahren beteiligen wir uns als IGMG auch an den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Unsere Gemeinden haben eine klare Haltung bezüglich der Bekämpfung von Rassismus. Genauso wie wir gegen Rassismus sind, der sich gegen uns richtet, tolerieren wir auch keinen Rassismus, der von Muslimen ausgeht. Wer den Koran kennt und ihn befolgt, kann kein Rassist sein.

Wie gesagt nutzen hunderttausende Muslime unseren Diensten in den Moscheen. Muslime aus allen gesellschaftlichen Schichten nehmen an den täglichen Gebeten oder den Freitagsgebeten teil. Darunter gibt es sicherlich auch einige wenige, die Vorurteile gegen Anders- oder Nichtgläubige haben, obwohl dies den Lehren des Korans und der Tradition unseres Propheten widerspricht. Da wir keinen Rassismus und Antisemitismus in unseren Reihen dulden, werden in solchen Fällen entsprechende Maßnahmen getroffen. Unser Verhältnis zu Juden und Christen, den „Schriftbesitzern“, ist nicht abhängig von konjunkturellen Entwicklungen. Wir stehen für ein Miteinander, das auf gegenseitigem Respekt und Verständnis beruht.

”

Genauso wie wir gegen Rassismus sind, der sich gegen uns richtet, tolerieren wir auch keinen Rassismus, der von Muslimen ausgeht. Wer den Koran kennt und ihn befolgt, kann kein Rassist sein.

Was sagen Sie zur Nahostpolitik Israels?

Trotz aller Ermahnungen seitens der internationalen Gemeinschaft setzt die israelische Regierung den illegalen Siedlungsbau fort. Unabhängige Organisationen berichten von eindeutigen Menschenrechtsverletzungen in der Region. Als zivilgesellschaftliche Organisation ist es unsere Aufgabe, diese Menschenrechtsverletzungen und rechtswidrigen Handlungen zu kritisieren, unabhängig davon, von wem sie begangen werden. Aber dieser kritische Blick auf das Regierungshandeln im Nahen Osten, und das möchte ich unterstreichen, darf nicht zu Generalverdacht und Hass gegen Juden führen. Wenn ein Jude sich in einem mehrheitlich muslimischen Viertel nicht wohlfühlt, ist das beschämend für die Muslime dort.

Viele Menschen in der Türkei verstehen nicht, warum wir uns in gleichem Maße gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Das hat mit unserer Erfahrung als muslimische Minderheit in Europa zu tun. Als solche haben wir uns einen geschärften Blick und eine besondere Sensibilität in Bezug auf Rassismus angeeignet. Wir wissen aus eigener Erfahrung, was es heißt, tagtäglich Hass und Ausgrenzung ausgesetzt zu sein. Wir beobachten mit Sorge, wie unsere Moscheen angegriffen werden und kopftuchtragende Frauen und Mädchen nur mit Vorsicht auf die Straße gehen können. Als Gemeinschaft, für die Rassismus allgegenwärtig ist, sehen wir uns in der Verantwortung, uns auch gegen jeglichen Rassismus – sei es gegenüber Juden, Christen oder Andersgläubigen – zu stellen.



Wenn ein Jude sich in einem mehrheitlich muslimischen Viertel nicht wohlfühlt, ist das beschämend für die Muslime dort.

In europäischen Medien wird aktuell über den „politischen Islam“ diskutiert. Sehen Sie sich als ein Teil davon?

Den Islam mit Attributen zu versehen, finde ich nicht richtig. Er kann auch nicht auf eine Ethnie oder Ideologie reduziert werden. Islam ist Islam. So wie es keinen Islam des Ostens oder einen Islam Europas gibt, so gibt es auch keinen Islam der Türken oder der Araber, und keinen deutschen oder französischen Islam. Genauso ist es inakzeptabel von einem „politischen Islam“ zu sprechen. Solche Zuschreibungen lehnen wir als IGMG ab, wir definieren uns nicht in diesen Kategorien.

Wenn mit dem Begriff „politischer Islam“ die Aufhebung der verfassungsgemäßen Ordnung gemeint ist, muss deutlich gesagt werden, dass wir eine solche Sichtweise entschieden ablehnen. Wir sind gegen die Instrumentalisierung des Islams für politische Zwecke. Auch ist es falsch, dass anderen bestimmte Meinungen aufgezwängt werden. Doch genauso wie sich in Europa Politiker in ihrem politischen Handeln auf

ihre religiösen Werte berufen, genauso selbstverständlich muss es sein, dass Muslime sich in ihrem Handeln von islamisch-ethischen Vorstellungen motiviert sehen. Die IGMG war und ist keine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung. Im Gegenteil: Sie ist der Verfassung des Landes verbunden, in dem sie aktiv ist, und bekennt sich zum Rechtsstaat. Die IGMG ist eine Religionsgemeinschaft, für die das religiöse Leben, vom Individuum bis zur Familie, im Mittelpunkt steht. Diesem Anspruch, zu dem auch die angemessene Vermittlung des Islams gehört, möchte sie auf individueller und gesellschaftlicher Ebene gerecht werden.

Auch lehnen wir es ab, dass das Etikett „politischer Islam“ benutzt wird, um religiöse Menschen zu markieren. Wir stellen uns gegen jene, die Religion ins Private und Muslime aus der Öffentlichkeit verbannen möchten, sodass der Islam gesellschaftlich irrelevant und unsichtbar gelebt wird.

”

*Die IGMG ist eine Religionsgemeinschaft,
für die das religiöse Leben, vom Individuum
bis zur Familie, im Mittelpunkt steht.*



Es wird behauptet, die IGMG sei der verlängerte Arm mancher Staaten – allen voran der Türkei. Was sagen Sie dazu?

Die IGMG besitzt eine transparente Struktur. Sie hat ein Präsidium, einen Zentralen Ausführungsausschuss, Regionalverbände und Ortsgemeinden mit je eigenen Vorständen. Diese versammeln sich regelmäßig und fassen ihre Beschlüsse. Auf ihrer Generalversammlung steht die IGMG regelmäßig Rede und Antwort, sowohl ihren Mitgliedern als auch der Öffentlichkeit gegenüber.

Unsere Stärke ist unser zivilgesellschaftlicher Charakter. Die Behauptung, die IGMG sei der verlängerte Arm irgendeines Staates kann nur belächelt werden. Sowohl die Türkei als auch andere Länder haben keinen solchen Vertreter nötig. Mit ihren Konsulaten, Botschaften und anderen Mitteln der Diplomatie ist die Türkei genau wie alle anderen Staaten durchaus in der Lage, ihre Interessen selber zu vertreten.

Wie bereits erwähnt, ist die IGMG in vielen Ländern vertreten und

ist als zivilgesellschaftliche Organisation in Kontakt mit deren staatlichen Vertretern. Den Rahmen unseres Dialogs mit Staaten bilden die Interessen unserer Mitglieder im Speziellen und die der Muslime im Allgemeinen. Hierbei legen wir großen Wert auf Austausch und nehmen Gesprächsanfragen von Politikern offen entgegen. Unsere Gespräche verlaufen stets offen und transparent. Als zivilgesellschaftliche Organisation haben wir jedoch auch unsere Grenze. Diese beginnt dort, wo versucht wird, Einfluss von außen auf uns auszuüben.

Unsere Gesprächspartner in den Ländern, in denen wir leben, und auch in der Türkei, wissen genau, dass wir sagen, was wir für richtig halten und kritisieren, was unserer Meinung nach falsch ist. Das gilt nicht nur für die jetzigen Regierungen, sondern war schon immer so. Diese kritische Haltung der IGMG ist allseits bekannt.

Erhalten Sie finanzielle Unterstützung von bestimmten Staaten?

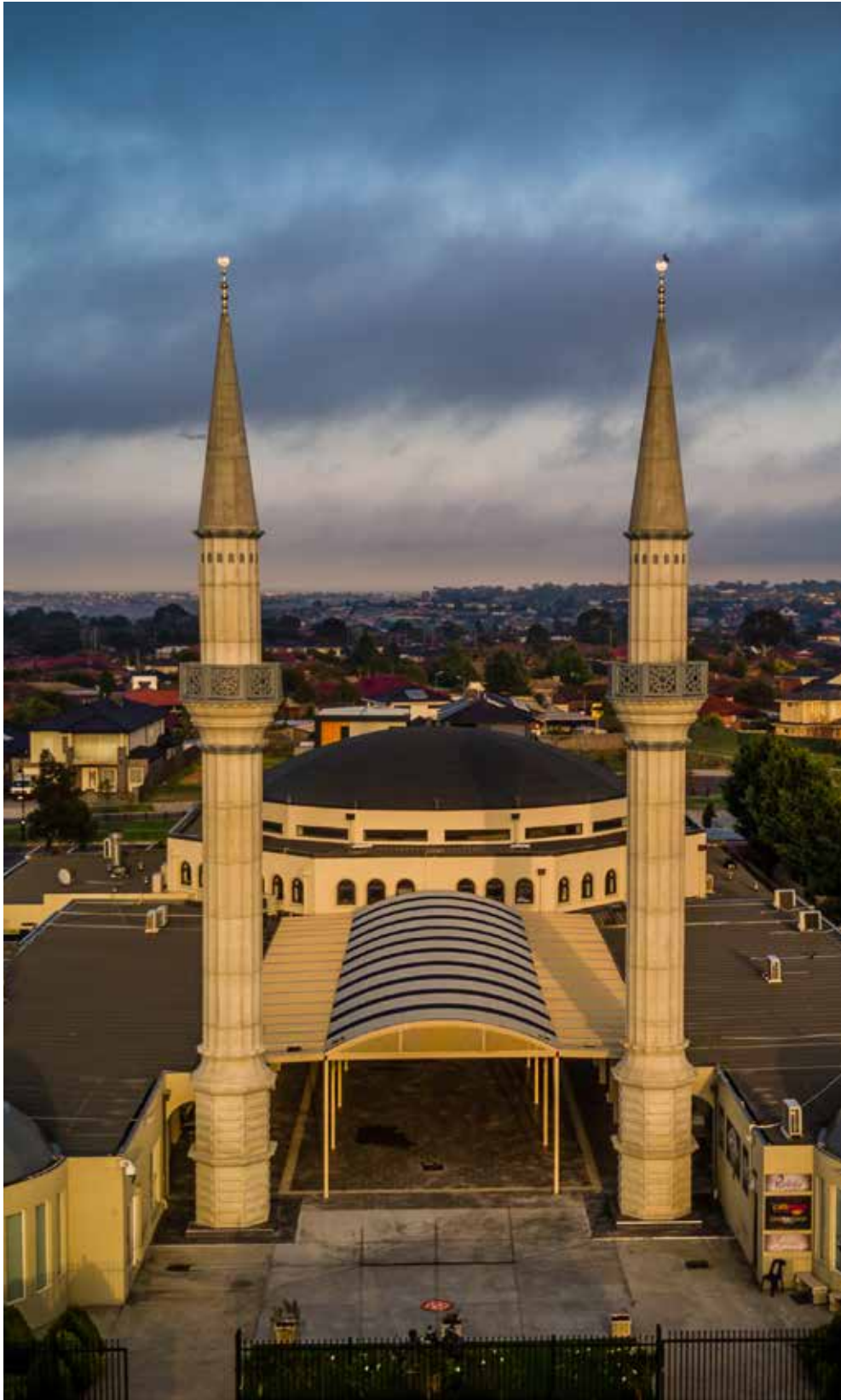
Die IGMG ist eine zivilgesellschaftliche Organisation. Wie wir in früheren Stellungnahmen bereits erklärt haben, ist unsere Gemeinschaft strukturell und finanziell unabhängig. Die Quelle unserer Stärke war und ist unsere Basis. Die erste Generation, die nach Europa kam, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, hat mit ihrem schwer verdienten Geld die ersten Gemeinden gegründet. Ganz gleich welche unserer Gemeinden und Bildungseinrichtungen man heute in Europa und weltweit besucht, die Menschen kennen die Geschichte ihrer Gemeinde genau. Um den Moscheebau finanzieren zu können, organisierten unsere Jugendlichen wochenlange Wohltätigkeitsbasare. Unsere auf-

opferungsvollen Mitglieder arbeiteten nach ihrer Nachtschicht am Moscheebau, bevor sie nach Hause gingen, um sich auszuruhen. Die Grundlage unseres Daseins als wachsende Gemeinschaft seit einem halben Jahrhundert ist das stetige und aufrichtige Engagement dieser Muslime.

Unsere Gemeinschaft verdankt ihre heutige Stellung allein den Bittgebeten und dem aufopfernden Einsatz ihrer Gemeindemitglieder. Die unhaltbare Behauptung der Fremdsteuerung oder der finanziellen Abhängigkeit ist ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen. Es liegt in unserer Verantwortung, dem Erbe dieser Menschen gerecht zu werden und ihre Arbeit zu würdigen.



Die IGMG ist eine zivilgesellschaftliche Organisation. Wie wir in früheren Stellungnahmen bereits erklärt haben, ist unsere Gemeinschaft strukturell und finanziell unabhängig.



Was unternehmen Sie gegen den zunehmenden antimuslimischen Rassismus? Was, denken Sie, muss in dieser Hinsicht getan werden?

Antimuslimischer Rassismus bzw. Islamfeindlichkeit ist kein neues Phänomen. Tatsache ist, dass es in europäischen Gesellschaften eine noch relativ kleine, aber starke Gruppe gibt, die Muslime als die „Anderen“ ansieht. Dies ist eine verallgemeinerte Betrachtungsweise gegenüber Muslimen. Wir unterstützen Beratungsangebote für Menschen, die antimuslimischen Rassismus erfahren haben. Unser Ziel ist es, Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre Identität angesichts der Erfahrungen mit Rassismus weiterhin selbstbewusst zu entfalten. Die beste Antwort auf antimuslimischen Rassismus ist es, dass sich Muslime noch stärker in der Gesellschaft engagieren.

Rassismus ist nicht einfach das Bestehen von Vorurteilen, sondern hat einen tiefergehenden historischen Hintergrund. Die Bekämpfung von Rassismus reicht von der Fortbildung und Sensibilisierung

der Lehrer an Schulen bis hin zur Aufklärung der Öffentlichkeit und der politischen Akteure. Seit Jahren fordern wir, dass Straftaten im Zusammenhang mit antimuslimischem Rassismus in Deutschland separat erfasst werden. 2017 wurde dieser Forderung entsprochen. Wir brauchen ein breit angelegtes Maßnahmenbündel zur Sensibilisierung der Gesellschaft und öffentlicher Einrichtungen für das Zusammenleben in der Vielfalt. Die Politik trägt hierbei eine große Verantwortung. In der Vergangenheit mussten wir immer wieder Zeuge von diskriminierenden und verdächtigenden Äußerungen in Bezug auf Muslime werden. Auch das Behördenvokabular bedarf einer Überholung, da sich hier Begriffe ausmachen lassen, die Muslime als die Anderen markieren und sie kriminalisieren.

Abgesehen davon ist es für uns wichtig, gemeinsam mit anderen Religionsgemeinschaften ein

deutliches Zeichen zu setzen gegen Angriffe auf unsere gemeinsamen Werte und insbesondere gegen Gotteshäuser. Denn Rassismus und Extremismus betreffen nicht nur uns Muslime, sondern die gesamte Gesellschaft. Nach dem abscheulichen Angriff in Neuseeland haben sich Vertreter unterschiedlicher Religionsgemeinschaften mit Muslimen solidarisiert und Gebete gesprochen. Ebenso haben wir die Angriffe auf Kirchen in Sri Lanka und den Synagogenangriff in Halle ausdrücklich verurteilt und unsere Solidarität bezeugt. Während dem ersten Freitagsgebet nach dem Angriff in Neuseeland wurden Menschen-

ketten vor Moscheen gebildet, um sie symbolisch zu schützen, so wie zur Zeit unseres Propheten Abû Tâlib, ein Onkel des Propheten, die Muslime geschützt hat. Die Zahl dieser gewissenhaften Menschen ist nicht zu unterschätzen. Mit diesen Menschen zusammenzukommen und gemeinsam für Recht und Ordnung, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzustehen ist wichtig. Denn globale Probleme wie Rassismus, Terrorismus und Anarchie sowie antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus können nur gemeinsam bekämpft werden. Dafür ist es notwendig, dass wir uns stetig austauschen und diesen Dialog stärken.



Was können Muslime in Europa angesichts der verbalen Anfeindungen und tätlichen Angriffe unternehmen?

Verbale Anfeindungen aller Art gegen islamische und andere religiöse Werte verurteilen wir. Die beleidigenden Äußerungen und Veröffentlichungen gegen unseren Propheten Muhammad (s) sind verletzend und schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unser Vorbild in dieser Situation ist der Prophet. Als er einmal von den Einwohnern der Stadt Taif mit Steinen vertrieben wurde, reagierte er mit Barmherzigkeit auf diese grobe Behandlung und sagte: „Sie wissen es nicht besser, sonst würden sie sich

nicht so verhalten.“ So gilt auch für uns, dass wir nicht so handeln wie jene, die uns angreifen.

Meinungsfreiheit ist in freiheitlichen Gesellschaften ein hohes Gut. Gewalt und Willkür haben hier keinen Platz. Wenn es eine Straftat gibt, kann diese nur durch den Staat geahndet werden. Bei Äußerungen, die beleidigend sind, auch wenn sie von der Meinungsfreiheit gedeckt sein sollten, werden wir unser Recht in Anspruch nehmen und unsere Gefühle und Gedanken äußern.



Meinungsfreiheit ist in freiheitlichen Gesellschaften ein hohes Gut. Gewalt und Willkür haben hier keinen Platz. Wenn es eine Straftat gibt, kann diese nur durch den Staat geahndet werden.



In einer türkischen Fernsehsendung behauptete Ahmet Mahmut Ünlü – besser bekannt als Cübbeli –, dass die Moscheen in Deutschland vom Staat finanziell unterstützt werden. Ist das so? Wenn nicht, wie kommt er darauf?

Ein Teil der Frage habe ich bereits beantwortet. Auf die Frage, wie die genannte Person darauf kommt, dass unsere Moscheen staatlich gefördert würden, bin ich in der Fernsehsendung eingegangen, zu der ich per Telefon zugeschaltet wurde. Diese Diskussion hier fortzuführen ist unnötig. Was ich sagen kann, ist aber, dass solche Behauptungen auf fehlenden Kenntnissen beruhen. Das Vorhandensein von Religionsgemeinschaften, das Religionsverfassungsrecht und der Rahmen dieses Rechts in Europa unterscheidet sich von dem Verhältnis von Staat und Religion in der Türkei.

Zudem hat jedes Land in Europa ein anderes historisch gewachsenes Verhältnis zur „Religion“. So folgt man in Frankreich einem

sehr strengen Laizismus, während die Gehälter der Imame unter der „Executief“, also der offiziellen Vertretung der Muslime in Belgien, seit Jahren vom Ministerium gezahlt werden. In Deutschland gibt es ein kooperatives Verhältnis zwischen Religion und Staat, während die islamische Gemeinschaft in Österreich auf eine 100-jährige Geschichte der „Anerkennung“ zurückblickt. Bevor man also populistische Aussagen wie „Die Moscheen in Europa werden vom Staat finanziert“ trifft, die man eher von Rechtspopulisten gewohnt ist, sollte man sich informieren. Wie bereits gesagt: Solchen Behauptungen widersprechen wir allein schon deshalb mit Vehemenz, um die mühevollen Arbeit unserer Gemeindebasis zu schützen und zu würdigen.



